

die Arbeitgeber richten und in den Tarifgemeinschaften durchsetzen. Gäben wir den Betrieb faktisch als Ausgangspunkt unserer Organisationskraft auf und hegten im Stillen die Erwartung, dass die Politik ausbügeln oder erfülle, was wir aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, dann würden wir von einer politischen Wende in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sprechen – wahrlich nicht trivial und zum Glück nicht Realität im Kongressjahr 2010.

Mitgliedergewinnung, Organisation von Mitbestimmung und Teilhabe sowie Tarifbindung müssen unser Ziel bleiben und sind das Kerngeschäft deutscher Gewerkschaften. Sie müssen es aus meiner Sicht auch in Zukunft bleiben oder wieder erlangt werden. Mit der „Initiative Trendwende“ haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bereits einen wichtigen und richtigen Impuls in die richtige Richtung gegeben. Vor dem Hintergrund der im Projekt „Gute Arbeit“ beschriebenen Veränderungen der Arbeitswelt und der veränderten Arbeitsorganisationen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass sich nicht nur die Unternehmen und Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren verändert haben, sondern auch die Branchen. Als IG BCE wissen wir nur zu gut um die unterschiedlichen Realitäten großindustrieller Strukturen und kleinteiliger Traditionsbranchen. Der DGB hätte die Aufgabe, diese veränderten Branchenrealitäten und Verschiebungen zwischen den Sektoren als eine Art zwischengewerkschaftlichen Innovations- und Solidaritätsprozesses zu organisieren. Ich meine damit ausdrücklich nicht lediglich Abgrenzungsfragen. Ich meine damit Innovations- und Solidaritätsprozesse.

Wir alle leben davon, dass wir nicht nur die Erfolge innerhalb unserer eigenen Branchen zelebrieren, sondern dass es in Deutschland eine Gewerkschaftslandschaft und damit auch eine Tariflandschaft gegeben hat und gibt, die uns gegenseitig stark gemacht hat. Wenn sich die Betriebsrealitäten aber so massiv verändern – –

**Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses**

Michael, kommst Du bitte zum Schluss!

**Michael Vassiliadis,**

Hier leuchtet es schon. Ich weiß. Ich komme zum Schluss. (Heiterkeit)

Wenn sich die Betriebsrealitäten aber so massiv verändern, dann müssen wir gegebenenfalls Projekte organisieren, die die Betriebsrätearbeit und Betriebsrätegründungen unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Stärke besteht nicht allein aus der Stärke der Einzelnen im Bund. Wir können unsere Stärke durch den Bund steigern. Daran sollten wir in den nächsten vier Jahren gemeinsam arbeiten, und das können wir auch vom neuen Vorstand erwarten. Unabhängig, frei und aus eigener Kraft handlungsfähig – das müssen die Gewerkschaften in Deutschland, in Europa und in der Welt sein. Auf dieses Versprechen müssen sich die Menschen verlassen können. – Ein herzliches Glückauf! (Beifall)

**Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses**

Nächster Redner ist Frank Bsirske. Ihm folgt Frauke Gützkow, DGB-Bundesfrauenausschuss, Teilnehmerinnennummer 0102. – Frank, Du hast das Wort.

**Frank Bsirske**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael Vassiliadis hat in seinem Beitrag – wie ich finde – sehr umfassend und zutreffend die Herausforderungen beschrieben, denen wir als Gewerkschaften gegenüberstehen. Er hat gefragt, welche Antworten wir darauf geben können, und es darauf zugespitzt, dass wir uns fragen müssen – und das ist auch der Gegenstand zur Grundsatzrede von Michael Sommer –, welche Signale eigentlich von diesem Kongress ausgehen können. Ich kann Dir, Michael, diesbezüglich nur zustimmen.

„Raubtierkapitalismus“ hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt das genannt, was sich in den letzten Jahren in der Wirtschaft abgespielt hat. Wenn das eine zutreffende Beschreibung dessen ist, was wir da erleben mussten – bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise und seither fortgesetzt –, dann muss man sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Raubtiere laufen alle noch frei herum. (Zustimmung) Deswegen ist es richtig, dass wir einfordern, dass der Kasinobetrieb geschlossen wird. Das heißt nichts anderes, als einzufordern, dass es zu einer entschiedenen Deregulierung der internationalen Finanzmärkte kommen muss.

Das sehen beileibe nicht alle so wie wir. An der Wall Street – das kann man der Presse entnehmen – sieht man überhaupt keinen Reformbedarf, in der City of London auch nicht. Und Herr Ackermann, machen wir uns nichts vor, sieht eigentlich auch keinen Reformbedarf. Diese Leute bekommen Schützenhilfe aus der Politik. Die Republikaner im amerikanischen Kon-

gress wehren sich vehement gegen die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde für Finanzprodukte, gegen einen Finanz-TÜV.

In Deutschland bringt es der Generalsekretär der FDP fertig, sich in den „Tagesspiegel“, eine Zeitung in Berlin, zu stellen und zu erklären: Der Staat ist ein teurer Schwächling, der sich immer mehr Einfluss anmaßt. – Kolleginnen und Kollegen, zweieinhalb Jahre lang war dieser Staat und waren die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gut genug, Banken und die Wirtschaft vor dem Totalschaden zu bewahren. Jetzt sieht zum Beispiel dieser FDP-Generalsekretär den Zeitpunkt für gekommen an, ebendiesen Staat als teuren Schwächling zu diffamieren und damit zugleich – machen wir uns nichts vor – Propaganda gegen den Sozialstaat zu machen. Und das sollte uns umso hellhöriger machen, als es jetzt darum gehen wird, wer die Zechen für die Kosten dieser Krise zahlen soll.

Die Kosten dieser Krise in Deutschland, hat die Bundesbank vor anderthalb Wochen vorgerechnet, belaufen sich auf einen Verschuldungsschub in den letzten zweieinhalb Jahren von 180 Milliarden Euro; davon, sagt die Bundesbank, 98 Milliarden Euro nur, um direkt die Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Darin sind Bürgschaften noch gar nicht eingerechnet. Das ist in der Geschichte der Bundesrepublik der dritte große Verschuldungsschub in den letzten 30 Jahren, weil es keineswegs so ist, dass die Schulden immer weiter angestiegen sind. Es hat eine Entwicklung mit drei Schüben nach oben gegeben: ein Schub im Zuge der deutschen Einheit, ein Schub als Folge der rot-grünen Steuerpolitik, die Entlastung für die Unternehmen in der Größenordnung von über 200 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren gebracht hat. und dann eben der Verschuldungsschub infolge der Krise.

Und jetzt, vor diesem Hintergrund, sehen wir uns mit einer Debatte in der Gesellschaft konfrontiert, die fragt: Wie viel Griechenland ist eigentlich in uns? Und können wir uns all die sozialen Annehmlichkeiten früherer Jahre überhaupt noch leisten?

Auf diese Frage gibt Frau Merkel – wir haben es gestern erlebt – die Antwort: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. – Wer mit „wir“ gemeint ist, hat Annelie Buntenbach gestern völlig zu Recht gefragt. Die Antwort darauf können wir in unseren Pressespiegeln nachlesen, etwa wenn Haushälter aus der CDU oder Herr Koch aktuell auf die Arbeitslosen verweisen. Da solle bei den Hilfsmaßnahmen gespart werden. Und auf die Krankenversicherten. Da gäbe es, sagt Lindner, nur die Wahl zwischen Kopfpauschale oder Zuzahlung der Versicherten.

Und die Eltern, die auf zusätzliche Krippenplätze hoffen, die leben auch über „unsere Verhältnisse“. Und die Steinkohlehilfen und die Subventionen für den ÖPNV und die Subventionierung von Nachtschicht- und Feiertagszuschlägen, die könnten wir uns auch nicht mehr leisten. Das alles ist ja nur der Anfang.

Das, was jetzt in Frage gestellt wird, ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die ersten 15 Milliarden Euro zusammenzubringen, die für 2011 vorgesehen sind. Dann kommt aber in 2012 noch mal dasselbe drauf. Und dann jedes Jahr zehn bis elf Milliarden Euro weniger Jahr für Jahr, damit man 2016 schuldenbremsehalber 20 Prozent des Bundeshaushaltes weggespart hat. Das ist erklärte Absicht. Die können, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Verteidigungshaushalt auf Null stellen und haben noch nicht mal annähernd die Hälfte dessen eingespart, was sie jährlich dauerhaft ab 2016 eingespart haben wollen. Das meint der Sachverständigenrat, wenn er einen strikten Sparkurs fordert, wie ihn die Bundesrepublik in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hat. Und das ist nur der Bund.

Bei den Städten und Gemeinden klaffen 2009 Haushaltslöcher in der Größenordnung von 7 Milliarden Euro. Aber für die nächsten Jahre werden Haushaltsdefizite Jahr für Jahr zwischen 10 und 15 Milliarden Euro erwartet, Jahr für Jahr: 2010, 2011, 2012, 2013. Da ist noch gar nicht eingerechnet, was passiert, wenn die Bundesländer ihrerseits auf den Kurs der Schuldenbremse einschwenken. Klar, dass dann bei den Zuwendungen im kommunalen Finanzausgleich gekürzt wird. Sachsen und Hessen fangen schon mit jeweils 400 Millionen Euro Kürzung dieses Jahr an. Und nächstes Jahr will Sachsen seinen Haushalt um zehn Prozent kürzen.

Mit anderen Worten, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die eigentliche Zuspitzung der kommunalen Finanzkrise kommt erst noch – und das nach 25 Jahren Haushaltskonsolidierung in einer Situation, in der die Ruhrgebietsstädte – ich weiß nicht, wer von Euch aus dem Ruhrgebiet kommt – mittlerweile Kredite aufnehmen müssen, um die Zinsen bezahlen zu können, Kredite aufnehmen müssen, um die Personalkosten zahlen zu können, Kredite aufnehmen müssen, um den Solidarausgleich Ost zu finanzieren. Und sich in einer Situation befinden, in der die Kommunalaufsicht, die Bezirksregierung, ihnen verbietet, ausbilden zu dürfen: Städten wie Oberhausen, Hagen, Duisburg. Und das, obwohl das die größten Ausbildungsplatzanbieter in einer Region sind, wo es an Ausbildungsplätzen fehlt. Das ist die Perspektive schon des Jahres 2009. Die kommunale Finanzkrise, die eigentliche, kommt erst noch.

Was da auf uns zukommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Bereich, der durchaus systemische Bedeutung hat wie Gemeinden, wie Städte mit ihren Leistungen, systemische Bedeutung für den Sozialstaat, das läuft auf die Schließung von Einrichtungen hinaus: von Jugendzentren, von Theatern. Das läuft auf die Streichung von Zuwendungen an Vereine, an Initiativen, auf Gebührenerhöhungen, auf Personalabbau, auf Entlassungen, auf Konflikte und Lohnkürzungen hinaus, kurz: auf griechische Verhältnisse, wenn an den Rahmenbedingungen nichts geändert wird.

Und diese Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen – bei Michael klang es völlig zu Recht an –, die sind nicht gottgegeben, sondern sie sind ein Produkt politischer Entscheidungen. Es ist nicht gottgegeben, dass die Bundesrepublik bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen eine Steueroase ist. Es ist nicht gottgegeben, dass wir, wenn wir nur auf das Durchschnittsniveau der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung der Europäischen Union gingen, daraus 33 Milliarden Euro mehr hätten, aber darauf verzichten. Da geht es nicht um die Besteuerung von „Oma ihr klein Häuschen“, sondern um die Besteuerung, um im Bild zu bleiben, der Villa mit Park und Seezugang. Es ist nicht egal, ob Schenkungen für leistungslos erworbenes Einkommen vorgenommen werden, auf einem niedrigen Satz besteuert, oder ob Geld für klamme Kommunen, für Bildung und für die Stärkung des Sozialstaates generiert wird. Es ist nicht gottgegeben, Kolleginnen und Kollegen! (Starker Beifall)

Es ist nicht gottgegeben, dass die Bundesrepublik bei der Besteuerung von Unternehmens-, Gewinn- und Kapitaleinkünften ein Niedrigsteuerland ist, weit entfernt von dem Durchschnittsbesteuerungsniveau in der Eurozone. Es ist nicht gottgegeben, dass der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent beziehungsweise, wenn wir die Reichensteuer mit einrechnen, bei 45 Prozent liegt. Der Spitzensteuersatz, der doch noch Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre bei 56 Prozent lag, in der Ära Kohl. Hatten wir damals Sozialismus, oder was war da los? (Heiterkeit – Beifall)

Es ist nicht gottgegeben, dass als einziger Bereich der Börsenumsatz von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist. Ausgerechnet der Handel mit Aktien wird nicht der Mehrwertsteuer unterworfen. Was ist da los, Kolleginnen und Kollegen? Müssen wir das akzeptieren, oder stellen wir das infrage? (Beifall) Es ist nicht gottgegeben, dass die Schulden in Bankbilanzen nicht besteuert werden, anders als in Skandinavien und anders, als es in den USA jetzt von Obama geplant ist, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dafür steht diese Bundesregierung allerdings eben nicht, Kolleginnen und Kollegen. Westerwelle sagt – ich zitiere ihn wörtlich –, dass die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger es „als eine Wohltat empfinden“ würden, wenn die Erbschaftsteuer abgeschafft würde. Das ist krass. Das stellt die Verhältnisse buchstäblich auf den Kopf. Das ist ein Beispiel für diese Sorte Lobbyismus zugunsten von Reichen und Vermögenden, für den diese Partei steht, die gar nicht weiß, was daran Klientelismus sein soll, denn dafür sei man ja schließlich gewählt worden.

Die Bundesregierung hat gerade einen Prüfauftrag in einer Kommission in Auftrag gegeben, um die Gewerbesteuer zu streichen und durch eine zweite Einkommensteuer für die Bürgerinnen und Bürger und durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zu ersetzen, was auch die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden trifft. Da geht es um 30 bis 40 Milliarden Euro jedes Jahr, um die die Unternehmen entlastet und die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden belastet werden sollen. Was ist da los, Kolleginnen und Kollegen? Unten belasten, oben entlasten, und das in einer Situation, wo es um die Verteilung der Krisenlasten geht? Was ist da los, und was sagen wir dazu, Kolleginnen und Kollegen? Das ist doch die Frage. (Beifall – Zustimmung)

Bei der Kopfpauschale – Michael hat es angesprochen – ein einheitlicher Satz.

### **Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses**

Lieber Frank, denk bitte an Deine Redezeit.

### **Frank Bsirske**

Ich bin noch ungefähr fünf Minuten von der Zeit von Michael entfernt, und ich bin auch gleich fertig. (Heiterkeit) – Kopfpauschale, einheitlicher Satz. Was heißt denn das andere, als dass die, die viel verdienen, weniger zahlen sollen, und die, die wenig verdienen, mehr bezahlen sollen? Und wenn sie das nicht können, können sie Hartz IV im Gesundheitswesen beantragen. Das ist der Kern der Kopfpauschale in Verbindung mit dem Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags. Was heißt das andere, als unten belasten und oben entlasten? Kolleginnen und Kollegen, was sagen wir zu dieser Politik? Ich finde, die Botchaften, die Michael gesetzt hat, richtig, und da müssen wir hinterher.

Das Gleiche gilt für die Rente mit 67. Wir haben darüber doch miteinander diskutiert. Das ist ein Rentenkürzungsprogramm, aber eines, das bedeutet, dass die heute 20- bis 25-Jährigen in Zukunft als Durchschnittsverdienende 35 Beitragsjahre brau-

chen, um in der gesetzlichen Rente auf Hartz-IV-Niveau zu kommen. Und jemand, der nur drei Viertel des Durchschnittseinkommens verdient, wird über 40 Beitragsjahre aufbringen müssen, um auf das Niveau von Hartz IV in der gesetzlichen Rente zu bekommen. Unter 2.000 Euro brutto liegen Millionen Kolleginnen und Kollegen. Das muss uns auf den Plan rufen. Da geht es um Altersarmut, und das ist keine demografische Zeitbombe, sondern das ist eine soziale Zeitbombe, die uns als Gewerkschaften und als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen auf den Plan rufen muss. (Beifall – Zustimmung)

Da sagen wir: Unten belasten, oben entlasten – gerecht geht anders. Michael hat Recht, wenn er sagt: Bürgerversicherung. Ich gucke zur IG BAU herüber, die sagt: Aufwertung von Zeiten im Niedriglohnbezug, Rente nach Mindesteinkommen, besserer Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente und zur Erwerbsminderungsrente. Ja, das stimmt, und da müssen wir uns gegenseitig unterstützen. Wir müssen uns unterstützen bei unseren Bemühungen um eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Deswegen fordern wir die Einbeziehung der selbstständigen Berufe in die Gewerbesteuer. Die verdienen zum Teil mehr als mittlere Unternehmen, die Steuerberater, die Arztpraxen, die Rechtsanwaltskanzleien. Sie müssen rein, weil sie profitieren von der Infrastruktur der Gemeinden. Das sind Alternativen, für die wir als Gewerkschaften eintreten, um die öffentlichen Einnahmen zu stärken und diejenigen, die zu den Profiteuren der Politik der letzten Jahrzehnte gehört haben, zur Kasse zu bitten. Ich finde, Kolleginnen und Kollegen, das ist überfällig, und das muss eine Forderung sein, die von diesem Kongress ausgeht. (Beifall – Zustimmung)

Das flankiert auch das, was Michael Vassiliadis völlig zu Recht angesprochen hat, der ja, wenn ich ihn richtig verstanden habe, plädiert hat für eine Politik des bewussten, planvollen, sozialökologischen Umbaus, begleitet von einer Stärkung der Massenkaukraft, was zugleich einen Beitrag leistet zum Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in der Eurozone sowie der sozialen Ungleichheit und damit einen Beitrag leistet zur Bekämpfung der zentralen Ursachen dieser Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Das verlangt – das sage ich abschließend –, dass wir uns die Frage stellen: Was tun wir? Ich bin dafür, dass wir öffentlich Flagge zeigen. Und ich bin dafür, dass wir in die Betriebe gehen. Wir müssen diese Themen in die Betriebe tragen, und wir müssen dort mobilisieren, Kolleginnen und Kollegen. Da gehören wir hin, da liegt unsere Stärke, und diese Stärke müssen wir entfalten. Lasst uns den Herbst so angehen, dass wir diese Herausforderung annehmen und im diskutierten Sinne zuspitzen. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (starker Beifall – Zustimmung)

#### **Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses**

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Lieber Frank, vielen Dank. Vielleicht ist die eine oder andere Wortmeldung damit hinfällig geworden – frage ich mal –, nachdem Frank so vieles abgedeckt hat. Kleine Ermunterung an Euch: Keiner ist gezwungen, bei der Wortmeldung zu bleiben, (Heiterkeit) und keiner ist gezwungen, bis zum bitteren Ende zu reden.

Als Nächste ist dran die Kollegin Frauke Gützkow, DGB-Bundesfrauenausschuss. Sie kommt aus der GEW. – Frauke, Du hast das Wort.

#### **Frauke Gützkow**

Vielen Dank, liebe Kollegin. – Lieber Michael, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich spreche hier, wie gesagt, für den Bundesfrauenausschuss. Wir Frauen möchten einige Gedanken, die Michael in seinem Grundsatzreferat angesprochen hat, verstärken, das eine oder andere auch ergänzen. Wir machen uns dafür stark, dass der DGB auch die Interessen der weiblichen Beschäftigten in den Blick nimmt. Dazu hat Michael die Schlüsselworte gesagt wie die Durchsetzung des Mindestlohns oder auch die Abschaffung von Mini- und Midijobs.

„Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ heißt unser Stichwort. Der Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen liegt in Deutschland bei 23 Prozent. Das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Männer werden für zwölf Monate bezahlt, Frauen nur für gut neun Monate, obwohl sie auch ein ganzes Jahr arbeiten. Sie arbeiten drei Monate unbezahlt. Deshalb lag in diesem Jahr der „Equal Pay Day“, der auf diesen Missstand aufmerksam macht, auf dem 26. März 2010. Diese Ungerechtigkeit ist eine Herausforderung für alle Gewerkschaften im DGB.

Kolleginnen und Kollegen, diskriminierungsfreie Tarifpolitik fängt nicht erst mit der Aushandlung von Entgeltordnungen an, sie beginnt mit der Analyse der Anforderungen an die Tätigkeiten. Wir haben dabei festgestellt, dass es keinen Grund gibt, Erzieherinnen so viel schlechter als Techniker zu bezahlen. Das in die Köpfe zu bekommen, auch in die Köpfe der Betroffenen selber, daran arbeiten wir. In den Betrieben geht es darum, die Frauenarbeit auch dadurch aufzuwerten, dass Frauen bei Zulagen und variablen Gehaltsbestandteilen gewürdigt werden und nicht hinten runter fallen.

Lieber Michael, wir teilen Deine Auffassung, dass wir uns alle von Denkgewohnheiten verabschieden müssen, die nicht mehr die Realität abbilden. Ich spreche vom Modell des männlichen Familienernährers und vom Normalarbeitsverhältnis. In man-